

Was die Gastronomen jetzt dringend brauchen – und was der Föderalismus in der Pandemie taugt

Zur Coronakrise

Wo bleibt die Unterstützung der bürgerlichen Parteien? Seit zwei Wochen sind die Gastrobetriebe der meisten Kantone einem Berufsverbot unterstellt. Die Ansteckungsrate in der Gastronomie ist somit von rund 3 Prozent auf 0 Prozent gesunken – bei gleichbleibend hohen Zahlen der positiv getesteten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Es ist für mich absolut unverständlich, wie ein demokratisches, föderalistisch erfolgreich geführtes Land von vier bis sieben Personen diktiert, ja, richtiggehend beherrscht wird. In dieser absolut desaströsen Zeit hört man von bürgerlichen Politikern immer noch, dass der Markt alles regeln werde, und dass eine Gesundschumpfung in der Gastrobranche an der Zeit sei. Liebe Damen und Herren, wir haben keine freie Marktwirtschaft bei einem Lockdown, wir haben einen Ausnahmezustand mit einem massiven Eingriff des Bundesrates in den Markt! Es geht um das Überleben aller Betriebe. Ich denke auch an die Eventbranche mit ihrem grossen Anteil an gastronomischen Leistungen. Die

Härtefallregelung wurde erfunden, als wir die Restaurants offen hatten. Sie ist keine Lösung bei einem Lockdown. Noch mehr Kredite, die man später nicht zurückzahlen kann, bringen niemandem was.

Auf linker Seite ist es längst angekommen, dass wir Soforthilfe brauchen, es stehen Konkurse und massive Arbeitslosigkeit an. Es ist an der Zeit, dass wir auch da nachhaltiges Handeln an den Tag legen. Wenn wir von 50 Prozent der Betriebe reden, die diese Krise nicht überleben werden, sind das schweizweit 100 000 Mitarbeiter. Sie werden zur Arbeitslosenversicherung gehen und wohl auch in den nächsten zwei Jahren keine Anstellung finden, weil wir gar nicht genügend Betriebe haben werden, um sie zu beschäftigen. Der Preis dafür ist wohl um ein vielfaches höher als eine Soforthilfe an die Betriebe, die jetzt zu leisten ist. Für die KMU-freundlichen Politikerinnen und Politiker ist es an der Zeit, zu handeln.

Moritz Rogger, Geschäftsführer Bistro Bar Spitz, Hochdorf, Vorstand Gastro-Luzern, Vorstand Gastrosuisse, Präsident GastroRegionSursee

Seit dem 22. Dezember sind alle Gastrobetriebe in der Schweiz geschlossen. Doch was bringt das? Selbst das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schätzt, dass nur 2,8 Prozent der Neuansteckungen in Gastrobetrieben stattgefunden haben. Die Restaurantsbetriebe haben wirklich alles dafür getan, dass ihre Betriebe offen bleiben dürfen. So wurde schweizweit ein Schutzkonzept ausgearbeitet. Durch die Angstmacherei der Medien fiel aber bereits ein beträchtlicher Teil des Umsatzes weg, da viele Bankett- und Weihnachtessen abgesagt wurden. Trotzdem liessen die Gastronomen in diesem Land den Kopf nicht hängen und machten weiter. Dann kam diese ominöse Sitzung des Bundesrates vom 18. Dezember, und den «Beizern» wurde der Todesstoss versetzt. Die Medien feierten Bundesrat Alain Berset für diese diktatorische Massnahme mit nachweislich null Wirkung!

Mir kommt es vor, als wollten sich hier Leute profilieren. Die Gastronomen verlieren von heute auf Morgen ihren ganzen Umsatz. Einige stellen um auf Take-away, weil es leider Gottes Menschen

gibt, die auswärts arbeiten und auch dort essen müssen. Das Bild in Bern ist unbezahlbar! Da sind Arbeiter, die im Restaurant das Essen holen und an den leeren Tischen und Stühlen vorbeilaufen müssen, um dann draussen irgendwo in der Kälte ihr Essen zu sich zu nehmen. Das ist also die wirkliche neue Coronapolitik?

Was für Opfer bringen eigentlich unsere Bundesräte und Parlamentarier? Genau! Keine! Im Bundeshaus gibt es eine eigene Kantine namens Galerie des Alpes. Diese hat bis 21 Uhr offen, damit sich auch alle schön die Lampe füllen können. Was für dich gilt, gilt für uns nicht! So kommt mir das herüber. Und beim Lohn? Während die Leute, die Lockdowns und Beizenschliessungen aussprechen, keinen Rappen Lohn einbüssen, verlieren die Gastronomen ihr ganzes Einkommen. Schöne, faire Welt nicht?

Thomas A. Hodel, Schötz

Im abgelaufenen Jahr starben in der Schweiz über 7000 Menschen am Coronavirus. Die Ansteckungsrate bei uns ist immer noch eine der höchsten

weltweit. Die nun begonnenen Impfungen werden erst im Sommer erste Auswirkungen zeigen, wenn überhaupt.

Der kleinräumige schweizerische Föderalismus ist ein politisches Konstrukt, welches bei weniger wichtigen Themen wie Schul- und Polizeiwesen, Energie- und Wirtschaftspolitik und vielen anderen seine Berechtigung hat. Bei einer Pandemie bewegen sich die Viren frei und kennen leider ihre Kantonszugehörigkeit noch nicht. Da ist dieses Konstrukt ganz sicher das falsche. In der Schweiz, wo auf so kleinem Raum so viele Menschen leben, kann nur eine Institution bestimmen, was Sache ist. Das ist der Bundesrat.

Unzählige Menschen haben Existenzängste. Sie können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Diese Existenzängste muss der Bundesrat ernst nehmen. Wenn ein Bundesrat nun sagt, er hätte keine 30 Milliarden Franken mehr, staune ich. Diese Pandemie ist ein weltweit so einmaliges Ereignis, dass es auch ausserordentliche, grosse Entscheidungen braucht. Allfällige Grossprojekte des Bundes müssen eben auf später verschoben werden.

Vielleicht kann ja auch auf einige ganz verzichtet werden. Das reichste Land der Erde kann das stemmen.

Wir alle mussten im vergangenen Jahr auf vieles verzichten. Wenn ich aber Bilder von Menschenansammlungen auf den Skipisten und in den Einkaufszentren sehe, befürchte ich, dass viele noch nicht begriffen haben, wie sich das Virus verbreitet. Wir müssen unser Verhalten überdenken und uns im Moment weniger Menschenansammlungen aussetzen, wenn wir dieses Virus in absehbarer Zeit loswerden wollen.

Peter Muri, Sursee

Adresse für Leserbriefe

Die E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet forum@luzernerzeitung.ch. Bitte geben Sie Ihre vollständige Adresse und Telefonnummer an. Sie können Ihren Leserbrief aber auch über www.luzernerzeitung.ch direkt hochladen. Auch Leserbriefe per Post sind willkommen. Die Adresse: Luzerner Zeitung; Redaktion Forum; Postfach; 6002 Luzern

Der fleissige Fischer in der Enziwigger



Ein Reiher schreitet würdevoll seine Fischgründe in der Nähe des Städtli Willisau ab.

Leserbild: Ledi Herzog, Willisau

Wie die Schulden in Kriens sinken könnten

Zur Abstimmung über das Budget und den Steuerfuss in Kriens am 24. Januar

Es ist doch erstaunlich. Im letzten Sommer wurden in Kriens alle bisherigen Stadträte abgewählt, weil sich bei der Bevölkerung eine grosse Unzufriedenheit breitmachte. Jetzt bestimmen ein neuer Stadtrat und ein neuer Einwohnerrat. Und? Bereits das erste Budget 2021, das der Bevölkerung vorgelegt wird, weist weitere Ausgabensteigerungen und Personalerhöhungen vor, die selbst mit der vorgelegten

Steuererhöhung nicht gedeckt werden können. Die enormen angehäuften Schulden der Stadt Kriens werden weiter wachsen, falls die Stimmbürger das Budget in der vorgelegten Form an der Urne bewilligen. Das kann doch nicht sein. Die Kosten müssen sinken. Dies geschieht nur mit einem klarem Nein zum Budget!

Peter Lauber, Kriens

Bis heute habe ich alle Steuererhöhungsvorhaben in Kriens unterstützt – diesmal aber sage

ich Nein: Wenn der Stadtrat, der Einwohnerrat und eine knappe Volksmehrheit vor kurzem entschieden haben, die Eventhalle Pilatus Arena im Wert von stolzen 39 Millionen Franken der privaten Sport- und Eventbusiness-Firma Pilatus Arena AG zu verschenken, ist offensichtlich mehr als genügend Geld vorhanden, um auch laufende Ausgaben und nötige Investitionen ohne Steuererhöhung finanzieren zu können.

Viktor Rüegg, Rechtsanwalt, Kriens

Die Gesellschaft und der Umgang mit dem Tod

«Lasst es doch auch mal gut sein!»,
Ausgabe vom 31. Dezember

Wie recht doch Frau Rinderknecht hat. Ich gehöre selber zur älteren Generation und könnte jeden ihrer Sätze unterschreiben. Unsere Gesellschaft verträgt solche ehrlichen Aussagen aber wohl nicht. Im Gegenteil, der Tod eines 91-jährigen wird sofort mit der Corona-Impfung in Verbindung gebracht. Die Presse hilft da kräftig mit. Medienwirksam werden auch die Impfungen sehr alter Leute verbreitet. Ich habe den Eindruck, dass nur das Alter (und Vorerkrankungen) über die Impfung entscheiden, nicht aber die Lebensqualität. Unsere Gesellschaft verdrängt den Tod und

tut alles, um möglichst alt zu werden.

Gerd Möllers, Römerswil

Ist sich Frau Rinderknecht bewusst, dass es bei den über 70-Jährigen auch Menschen gibt, die ein weniger privilegiertes Leben hatten? Menschen, die nie das Bedürfnis hatten, Sushi, Trüffel, Kaviar oder exotische Früchte aufzutischen? Menschen, die mit der Natur und Umwelt bewusst umgegangen sind und trotzdem in voller Dankbarkeit alt geworden sind? Menschen, denen es nicht wichtig war, mehrmals pro Jahr ans andere Ende der Welt zu fliegen, die nie auf luxuriösen Kreuzfahrten die Meere verschmutzt

haben? Gewiss gab es auch Schicksalsschläge, Familienangehörige mussten gepflegt und in den Tod begleitet werden. Solche Leistungen sind von vielen heutigen Rentnern erbracht worden, und viele tun es auch heute noch, ohne zu meckern und ohne zu demonstrieren. Sie führen noch immer ein sinnvolles Leben, ohne den Jungen etwas wegzunehmen. Im Gegenteil: Um sie zu unterstützen, hüten sie zum Beispiel deren Kinder, damit sie ihrer Arbeit nachgehen können. Diese Senioren werden, wenn ihre Lebensuhr abgelaufen ist, abgeklärt und ohne sinnlose Ansprüche an die Medizin leichten Herzens ihre letzte Reise antreten.

Margrith Hofstetter, Entlebuch

Kampf gegen Missstände in der Tierhaltung

«Tierschützer blitzt vor Bundesgericht ab»,
Ausgabe vom 16. Dezember

Im Artikel geht es um ein Gerichtsurteil, das den Tierschützer Erwin Kessler in ein schlechtes Licht rückt. Ich finde das sehr bedenklich. Den Verein gegen Tierfabriken Schweiz (VgT), den Erwin Kessler gegründet hat, kenne ich seit vielen Jahren. Ich bin dankbar, dass die Mitarbeiter des VgT so viel geleistet haben: Immer wieder haben sie aufgeklärt, auf Missstände in der Tierhaltung hingewiesen und auch aktiven Tierschutz betrieben. Sie haben den Tieren, die sich nicht wehren können, eine Stimme gegeben.

Oft sah man in der Zeitschrift des VgT schlimme Bilder von verwahten Tieren. Man dachte: «Ist das in der Schweiz wirklich möglich?» Und es wurde klar, dass die Tierschutzvorschriften öfter nicht eingehalten oder zu wenig kontrolliert wurden. Man sah auch, dass die Werbebilder der Grossverteiler oft eine heile Welt vorgaukeln, die es in Wirklichkeit so nicht gibt.

Erwin Kessler setzte sich auch sehr dafür ein, dass das grausame Schächten von Tieren verboten blieb. Schächten bedeutet, dass den Tieren ohne Betäubung der Hals aufgeschnitten wird und sie danach qualvoll ausbluten. 2001 wollte der Bundesrat

jüdischen Forderungen entgegenkommen und das Verbot wieder aufheben. Erwin Kessler trug mit viel Aufklärungsarbeit dazu bei, dass das Schächten verboten blieb. Leider wurde ihm deshalb immer wieder Antisemitismus vorgeworfen. Auch die Tatsache, dass er die Massentierhaltung mit dem Holocaust verglichen hat, hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Es geht nicht um die Verharmlosung des grossen Menschenleids von damals, es geht ums Aufrütteln, damit das Tierleid von heute ein Ende findet.

Cornelia Vonmoos, Kriens